

# Wohlstand für alle?

## Die Entwicklung einkommensschwacher Haushalte seit 2005

Im Vergleich zu den frühen 1990er Jahren ist die Einkommensungleichheit zwischen Haushalten in Deutschland heute auf einem deutlich höheren Niveau und hat zu lebhaften Diskussionen über die Notwendigkeit ihrer Bekämpfung geführt. In dieser Debatte werden mittlerweile auch Stimmen laut, die betonen, dass die Einkommensungleichheit seit 2005 stabil geblieben ist. Dabei herrscht sowohl im politischen als auch im wissenschaftlichen Diskurs Uneinigkeit darüber, wie diese Stabilität – auch vor dem Hintergrund der positiven Beschäftigungsentwicklung – zu bewerten sei und zu welchen Politiken sie Anlass geben sollte. Dieser Beitrag geht der Frage nach, worauf die Stabilität der Ungleichheit beruht und ob alle oder aber nur Teile der Gesellschaft von einem steigenden Wohlstand profitieren konnten.

BARBARA BINDER, ANDREAS HAUPT

---

### 1 Die Diskussion um die Stabilität der Einkommensverteilung seit 2005

Nachdem Deutschland zwischen Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre als der kranke Mann Europas gegolten hatte, hat sich das Blatt spätestens mit der letzten Wirtschaftskrise gewendet: Die Beschäftigungszahlen sind auf Rekordwerten, die Arbeitslosigkeit sinkt, und die Ungleichheit der Einkommen wächst seit 2005 nicht weiter an (Dustmann et al. 2014). In diese Euphorie mischen sich auch kritische Stimmen: Sollte ein ökonomischer Aufschwung nicht zu mehr Wohlstand für alle führen, anstatt eine vergleichsweise hohe Einkommensungleichheit zu verstetigen (Fratzscher 2016)? Ist das deutsche Jobwunder im Kern doch eher ein Jobdilemma (Sell 2018)? Im gleichen Zeitraum vergrößerte sich nämlich auch der Anteil von Beschäftigten im Niedriglohnsektor von 21,2 % auf 22,6 % (Kalina/Weinkopf 2017), und die Anzahl der Minijobs stieg von 6,7 auf 7,8 Millionen (Bundesagentur für Arbeit 2016). Zudem hat die Lohnungleichheit (im Unterschied zur Ungleichheit der Haushaltsnettoeinkommen) auch nach 2005 weiter zugenommen, auch wenn ihr Anstieg nicht mehr so steil war wie in den Jahren zuvor (Stein 2017). Diese Trends lassen bereits vermuten, dass es unterhalb der insgesamt stabilen Ungleichheit für bestimmte Gruppen der Gesellschaft zu einer Verschärfung gekommen ist.

Dass die Einkommensungleichheit insgesamt seit 2005 nicht weiter angestiegen ist, gilt als gesichert (Biewen et al.

2017). Ungeklärt ist jedoch, warum dies der Fall ist. Dennoch wird das Ausbleiben eines weiteren Anstiegs mit Reformen der Agenda 2010 und der Flexibilisierung des Arbeitsmarkts in Verbindung gebracht (Bundesregierung 2016; Fuest 2017; Niehues 2017). Wir halten diese Erfahrung hinsichtlich der Entwicklungen am Arbeitsmarkt aus zwei Gründen für problematisch: Erstens gibt es bislang keine belastbaren Belege dafür, dass die politischen Reformen um 2005 zu einem Ende des Ungleichheitsanstiegs geführt hätten. Zweitens spielen bei Betrachtung der Einkommensungleichheit auch diejenigen Gruppen in der Bevölkerung eine Rolle, die von Entwicklungen am Arbeitsmarkt losgelöst sind. Dies betrifft insbesondere Rentner und Rentnerinnen, aber auch einen nicht unerheblichen Anteil von Haushalten, die von Arbeitslosigkeit oder nur marginaler Einbindung in den Arbeitsmarkt betroffen sind. Entwicklungen der Beschäftigung und der Löhne wirken sich auf diese Haushalte bestenfalls indirekt, häufig aber gar nicht aus. Die bisherige Diskussion um die Stabilität der Ungleichheit hat bisher wenig Bezug auf diese Gruppen genommen, die sehr starke und ggf. gegenläufige Einflüsse auf Ungleichheit gehabt haben könnten. Außerdem wird die Verteilung der Einkommen von weiteren Faktoren mitbestimmt, etwa von der Umverteilung durch das Steuer- und Abgabensystem, öffentlichen Transfers oder demografischen Veränderungen.

Vor dem Hintergrund des Wachstums von marginaler und Niedriglohn-Beschäftigung ist es durchaus möglich, dass mehr Haushalte mit geringen Löhnen auskommen müssen und dadurch die Einkommensungleichheit vergrößern. Dieser Einfluss könnte jedoch durch bestimmte

Gruppen, die vom Aufschwung profitieren konnten – durch Rentenerhöhungen oder höhere Transferzahlungen –, kompensiert worden sein. Sowohl in der wissenschaftlichen als auch in der öffentlichen Diskussion sind solche möglichen Verflechtungen sehr wenig präsent. Das ist problematisch, weil die Debatte um Veränderungen der Einkommensverteilung dadurch auf Veränderungen von Arbeitseinkommen verengt wird. Jeder dritte deutsche Haushalt ist jedoch ein Rentnerhaushalt, und die Ausgaben für öffentliche Transfers sind so hoch wie nie.

Könnten also hinter dem Befund einer stabilen Einkommensungleichheit verborgene Dynamiken liegen, die gegenläufig wirken und nicht sichtbar werden, wenn man nur die gesamte Ungleichheit betrachtet? Diese gilt es aufzudecken, da sie womöglich systematisch unterschiedliche Politiken erfordern, um die nach wie vor hohe Ungleichheit zu senken. Wir werden daher in diesem Beitrag die Grundlagen der Stabilität der Einkommensverteilung seit 2005 mit Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) studieren. Wir konzentrieren uns dabei auf die untere Hälfte der Einkommensverteilung, da, wie oben angeprochen, die politischen Reformen seit 2005 vor allem Arbeitslose und Niedriglohnbezieher, also einkommenschwache Haushalte fokussiert haben, und greifen einige zentrale Debatteninhalte der letzten Jahre auf. Nach einer kurzen Erläuterung unserer Datenbasis (Abschnitt 2) betrachten wir die Entwicklung zwischen 2005 und 2014 unter der Fragestellung, ob bei gleichbleibend hoher Ungleichheit der Wohlstand für die unteren 50 % aller deutschen Haushalte gestiegen ist (3). Eine stabile Ungleichheit bei steigendem Wohlstand für alle bedeutet, dass das steigende Wirtschaftswachstum auch in der unteren Hälfte ankommt. Bleibt die Ungleichheit stabil, aber die Einkommen der unteren Hälfte wachsen nicht, ist zu fragen, welche Haushalte vom Wirtschaftswachstum profitiert haben. Im Anschluss beschäftigt uns die Frage, ob verschiedene Gruppen der Gesellschaft ähnliche oder auseinanderlaufende Entwicklungen ihrer Einkommen erfahren haben (4), sowie die Frage, ob es um das Jahr 2005 herum tatsächlich zu besonderen Veränderungen kam, die ggf. auf die damals umgesetzten Reformen zurückzuführen sind (5). Danach betrachten wir die Rolle des Abgabensystems (6), bevor wir mithilfe multivariater Analysen sich möglicherweise überlagernde Veränderungen untersuchen (7).

Ein Fazit beschließt die Untersuchung.

(mit 12 901 Haushalten) zugrunde, da im SOEP jeweils die Einkommen des vorhergehenden Kalenderjahrs erhoben werden. Betrachtet werden die gesamten Nettoeinkommen eines Haushalts, d. h. die Summe der Einkommen aller Haushaltsmitglieder aus allen Quellen – seien es Arbeitseinkommen, Kapitaleinkommen, Einkommen aus Renten oder öffentliche Transfers – abzüglich der zu zahlenden Abgaben.<sup>1</sup> Um Vergleichbarkeit über die Zeit und über verschiedene Haushaltstypen zu ermöglichen, wurden die Angaben zu Einkommen und zur Steuerlast mit dem Verbraucherpreisindex inflationiert und mithilfe der modifizierten OECD-Skala in Äquivalenzeinkommen umgewandelt.

Um tieferliegende Prozesse hinter der Entwicklung der Einkommensverteilung zu untersuchen, unterscheiden wir verschiedene Haushaltstypen und berücksichtigen dabei insbesondere ihren Erwerbsstatus, ihre Abgabenlast und den Bezug von Transfers. Der Erwerbsstatus von Haushalten wird mithilfe des Arbeitsumfangs des Haushaltvorstands und ggf. seines Partners bzw. seiner Partnerin über das gesamte letzte Kalenderjahr abgebildet. Je nach Kombination ihrer ganzjährigen Arbeitsmarktinintegration unterscheiden wir folgende Kategorien: Nichterwerbstätige Haushalte, Doppelverdiener-Haushalte (beide Partner in Vollzeitbeschäftigung), Alleinverdiener-Haushalte (das Single-Breadwinner-Modell mit einem Partner/einer Partnerin in Vollzeitbeschäftigung, während der oder die andere nicht oder nur marginal erwerbstätig ist), Zuverdiener-Haushalte (ein Partner in Vollzeit-, der oder die andere in Teilzeitbeschäftigung) und marginal erwerbstätige Haushalte, in denen der Haushaltvorstand und ggf. der Partner/die Partnerin summarisch über das gesamte Kalenderjahr weniger als 20 % ihrer potenziellen Arbeitszeit beschäftigt sind. Singles<sup>2</sup> werden entweder als in Vollzeit, Teilzeit oder als marginal erwerbstätiger Haushalt eingordnet. Außerdem grenzen wir von diesen Gruppen Rentnerhaushalte ab, also jene Haushalte, in denen Renteneinkommen die Haupteinkommensquelle darstellen. Für weitergehende Analysen zur Rolle politischer Veränderungen für die unterschiedlichen Entwicklungen der Haushaltstypen unterscheiden wir die Haushalte ferner nach dem Umfang ihrer Abgabenlast, gemessen in Relation zu ihrem gesamten Bruttoeinkommen.

<sup>1</sup> Für Selbstständige wurde die Sozialabgabenlast durch Impudieren von Abgaben zur Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung unter Berücksichtigung der Beitragssätze und Beitragsbemessungsgrenzen der entsprechenden Jahre ergänzt. Für Rentner, die nicht arbeiten, werden die Sozialversicherungsbeiträge auf null gesetzt, auch wenn diese Krankenkassenbeiträge zahlen.

<sup>2</sup> Hiermit sind alle Haushalte gemeint, in denen nur eine erwachsene Person (über 18 Jahren) lebt. Eingeschlossen sind dabei auch Singles, die gemeinsam mit Kindern in einem Haushalt leben.

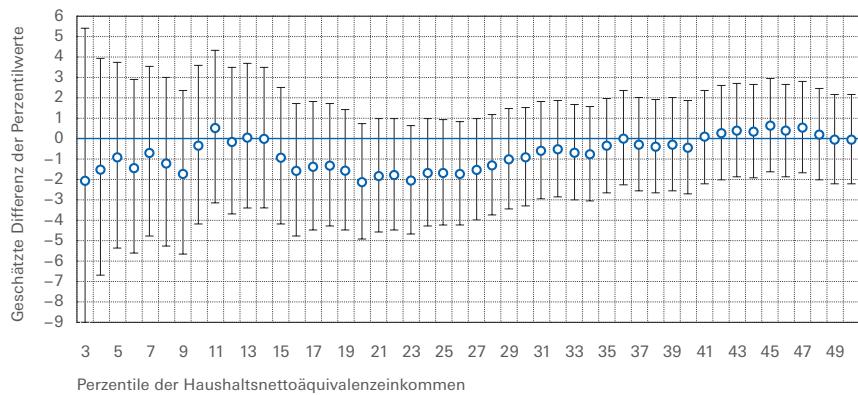
## 2 Datenbasis

Unsere Untersuchungseinheiten sind Haushalte, deren Einkommen für die Referenzjahre 2005 und 2014 berücksichtigt werden. Den Analysen liegen SOEP-Daten der Erhebungsjahre 2006 (mit 10 653 Haushalten) und 2015

## ABBILDUNG 1

## Veränderung der Haushaltseinkommen zwischen 2005 und 2014

Perzentilwerte in der unteren Hälfte der Verteilung, Angaben in Prozent



Quelle: SOEP v33, eigene Berechnungen. N=24514

WSI Mitteilungen

### 3 Wo ist der Aufschwung geblieben? Einkommensentwicklungen in der unteren Hälfte seit 2005

In der Abbildung 1 sind die Veränderungen der Netto-äquivalenzeinkommen für die Haushalte in der unteren Hälfte der Verteilung im Zeitraum 2005–2014 nach Perzentilen dargestellt. Wie man sieht, oszillieren die Perzentilwerte um die Nulllinie; unter Berücksichtigung der statistisch bedingten Schätzungsnauigkeiten muss man feststellen, dass sich die Höhe der Realeinkommen in keinem Bereich signifikant verändert hat. Die in der Debatte oft mitschwingende Annahme, der Aufschwung habe zu steigendem Wohlstand für alle geführt (BMAS 2017), lässt sich nicht bestätigen. In der unteren Hälfte der Einkommensverteilung stagnieren die Realeinkommen; hier ist der ökonomische Aufschwung ganz klar am Großteil der Haushalte vorbeigegangen.

Dieses Gesamtbild der Stagnation der Einkommen insgesamt sagt allerdings noch nichts über mögliche tieferliegende Veränderungen aus, die sich überlagern und im Aggregat aufheben. Das wäre beispielsweise der Fall, wenn Einkommensverluste von arbeitslosen Haushalten um das 10. Perzentil durch Gewinne von Rentnerhaushalten im selben Einkommensbereich ausgeglichen werden. Der Frage, ob es hinter der Stagnation der Einkommen womöglich „Gewinner“ gibt, die vom Aufschwung profitieren konnten, während die „Verlierer“ Realeinkommensverluste hinnehmen mussten, wollen wir im Folgenden nachgehen.

### 4 Gewinner und Verlierer der Einkommensentwicklung seit 2005

Vor dem Hintergrund der angestiegenen Beschäftigtenzahlen und der sinkenden Arbeitslosigkeit wirft die Stagnation der Einkommen die Frage auf, ob manche Gruppen mehr profitieren konnten als andere. Die Tabelle 1 weist in den beiden linken Spalten aus, wie sich die mittleren und die niedrigen (10. Perzentil) Einkommen innerhalb der verschiedenen Haushaltstypen verändert haben. Geht man von der verbreiteten Annahme aus, es habe einen allgemeinen Wohlstandzuwachs gegeben, dann sollten sich bei den verschiedenen Haushaltstypen ähnliche Entwicklungen zeigen. Doch die Tabelle zeigt klar, dass dies nicht der Fall war. In den Spalten auf der rechten Seite der Tabelle sind die Veränderungen der Anteile der einzelnen Haushaltstypen an allen Haushalten dargestellt, die sich zwischen 2005 und 2014 ergeben haben.

Insgesamt können wir anhand der Daten in Tabelle 1 Gewinnergruppen ausmachen. Rentnerhaushalte spielen hierbei eine herausragende Rolle, da sie in Bezug auf die Erwerbsstruktur aller Haushalte die größte Gruppe darstellen, die außerdem im Beobachtungszeitraum mit 2,9 Prozentpunkten am stärksten wuchs. Dieses Wachstum fand mit 2,6 und 2,8 Prozentpunkten fast ebenso stark auch in den unteren 10 und 50 Prozent der Einkommensverteilung statt. Ihre Einkommen steigen insgesamt – am Median um circa 1,8 %, aber auch am 10. Perzentil beobachten wir einen Anstieg von 0,9 %. Das sind moderate Einkommenssteigerungen, die jedoch in der öffentlichen Debatte um die Stabilität der Einkommensungleichheit nur wenig Raum einnehmen. Auch die Einkommen der Doppel-, Zu- und Alleinverdiener sind in der Mitte um 5 bis 6 % angestiegen. Anders als im Falle der Rentnerhaushalte sinken jedoch die Anteile der Zu- und Alleinverdienerhaushalte um 0,8 und vier Prozentpunkte, während der Anteil der Doppelverdienerhaushalte stagniert. Die Einkommenssteigerungen bewirken, dass die Anteile dieser Gruppen in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung abnehmen. Dies sind also ebenfalls Gruppen, die zu den Gewinnern gezählt werden können; aufgrund ihrer schrumpfenden relativen Häufigkeit und ihrer Einkommenssteigerungen nimmt ihre Relevanz für den unteren Einkommensbereich jedoch ab.

Haushalte, die nur marginal in den Arbeitsmarkt integriert sind, zeigen Tendenzen einer inneren Polarisierung. Hier handelt es sich um Haushalte, die entweder zwischen Arbeitsmarktintegration und Erwerbslosigkeit pendeln<sup>3</sup>,

<sup>3</sup> Das sind vor allem Haushalte mit sogenannter „chronischer Arbeitslosigkeit“, die jedoch nicht langzeitarbeitslos sind (vgl. Konle-Seidl et al. 2018). Der relative Anteil von Personen in chronischer Arbeitslosigkeit ist seit 2006 rückläufig.

TABELLE 1

### Veränderung der Einkommen nach Haushaltstyp und der relativen Anteile verschiedener Haushaltstypen, 2005–2014

Angaben in Prozent (Differenzen in Prozentpunkten)

Haushaltstyp	Veränderung der Einkommen		Anteile an allen Haushalten und ihre Veränderungen (insgesamt, in den unteren 10%, in der unteren Hälfte der Haushalte)				
	Niedrig (P10)	Mitte (P50)	2005	2014	Δ gesamt	Δ untere 10%	Δ untere 50%
Rentner	0,9	1,8	34,0	36,8	2,9	2,6	2,8
Doppelverdiener	7,8	5,1	8,1	8,2	0,1	-0,4	-0,5
Zuverdiener	5,2	5,7	11,4	10,6	-0,8	0,2	-1,4
Alleinverdiener	-1,4	5,9	10,7	6,7	-4,0	-1,4	-4,3
Single, Vollzeit	-2,6	-3,8	17,6	18,1	0,5	-1,4	1,5
Single, Teilzeit	10,2	-1,3	5,2	7,1	1,9	2,8	3,3
Marginal erwerbstätige Haushalte	-4,1	8,9	3,6	3,1	-0,5	-4,8	-1,0
Nichterwerbstätige	-8,5	-1,8	8,4	8,4	-0,1	2,2	-0,3

Quelle: SOEP v33, eigene Berechnungen. N = 24 514

WSI Mitteilungen

während des gesamten Jahres nur einer sehr geringfügigen Beschäftigung nachgehen oder im Beobachtungsjahr vom Status eines Erwerbstätigen- in jenen eines Rentnerhaushalts wechseln. Dies ist also insgesamt eine sehr heterogene Gruppe, die nicht mit Haushalten gleichgesetzt werden sollte, deren Mitglieder langfristig eine geringfügige Beschäftigung ausüben. In der Mitte steigen ihre Einkommen mit 8,9 % stärker als die der zuvor genannten Gewinner von Doppel-, Zu- und Alleinverdienern. Auch hier zeigt sich ferner ein Rückgang beim Anteil an allen Haushalten um 0,5 Prozentpunkte. In der unteren Hälfte der Verteilung sinkt ihr Anteil um einen Prozentpunkt, im unteren Zehntel sogar um 4,8 Prozentpunkte. Dies ist der Fall, obwohl die Einkommen bei P10 um 4,1 % gesunken sind. Hier beobachten wir also Einkommensverluste, während die Einkommen weiter oben in der Verteilung gestiegen sind.

Anders stellt sich die Situation für voll- und teilzeitbeschäftigte Single-Haushalte dar. Trotz ihrer Arbeitsmarktintegration stellen sie Verlierergruppen dar: Aufgrund ihrer sinkenden Einkommen übersetzt sich ihr Wachstum in der Gesamtbevölkerung besonders stark in den unteren Bereich der Einkommensverteilung und ist insbesondere bei Singles in Teilzeit überproportional stark im unteren Einkommensbereich ausgeprägt: In den unteren 10 % der Einkommensverteilung wächst ihr Anteil um 2,8 Prozentpunkte, während ihr Anstieg über die gesamte Verteilung hinweg nur bei 1,9 Punkten liegt.

Des Weiteren verlieren auch nichterwerbstätige (aber nicht zu den Rentnern gehörende) Haushalte deutlich. Bei den Beziehern niedriger Einkommen in dieser Gruppe, die im Zeitverlauf zusätzliche Einkommensverluste hinnehmen mussten, handelt es sich überwiegend um Bezie-

her von Arbeitslosengeld (ALG) II. Am 10. Perzentil beobachten wir hier mit 8,5 % die größten Einkommensverluste unter allen Gruppen. Der Rückgang der Jahreseinkommen ist nicht zwingend auf verringerte öffentliche Transfers zurückzuführen, sondern könnte auch einem Selektionseffekt geschuldet sein: Die Einkommensschwächen dieser Gruppe sind Langzeitarbeitslose, die keinen Fuß mehr in den Arbeitsmarkt bekommen. Arbeitsmarktexperten kritisieren schon seit langem fehlende Investitionen in diese Gruppe (Spermann 2015). Unsere Daten zeigen, dass an den Einkommensschwächen dieser Gruppe der wirtschaftliche Aufschwung komplett vorbeigegangen ist. Am Median sind die Einkommen dieser Gruppe „nur“ um 1,8 % gesunken, was auch mit der heterogenen Zusammensetzung der Gruppe zu erklären ist: Sie besteht zwar überwiegend aus Beziehern und Bezieherinnen von ALG I und ALG II, jedoch sind zu geringen Anteilen auch Haushalte von Studierenden, Personen in Altersteilzeit, Personen in Elternzeit (ohne erwerbstätigen Partner) und Rentiers vertreten. Daher sinken die Einkommen nur am unteren Rand besonders stark, während die Mitte nicht so stark betroffen ist. Der Anteil nichterwerbstätiger Haushalte an allen Haushalten stagnierte insgesamt zwischen 2005 und 2014. Die Verschlechterung der Einkommen für den schwächsten Teil dieses Haushaltstyps resultiert jedoch in einem höheren Gewicht für die unteren 10 % der Einkommensverteilung, wo ihr Anteil um 2,2 Prozentpunkte anstieg.

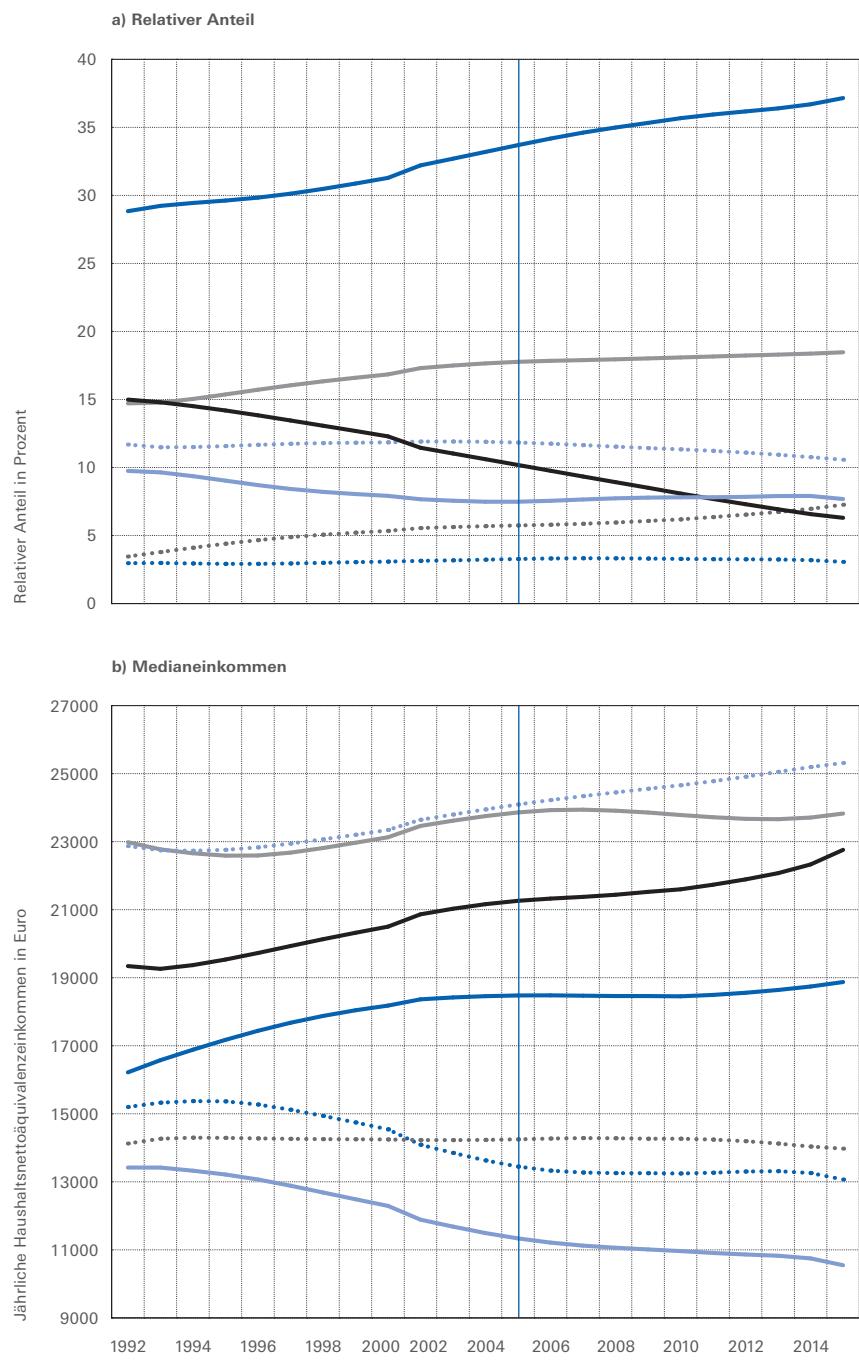
Insgesamt können wir feststellen, dass sich die Zusammensetzung der unteren Hälfte der Einkommensverteilung zwischen 2005 und 2014 trotz einer *summarischen* Stabilität durchaus verändert hat. Bei Unterscheidung der Haushalte nach ihrem Erwerbstyp zeigen sich hinter der

Stabilität der Ungleichheit eindeutig Gewinner und Verlierer. Demnach ist es keineswegs so, dass seit 2005 in Bezug

ABBILDUNG 2

### Entwicklung der relativen Anteile von ausgewählten Haushaltstypen und der Mediane der jährlichen Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen, 1992–2014

Rentner      Nickerwerbstätige      Alleinverdiener      Zuverdiener  
..... Single, Teilzeit      ..... Marginal Erwerbstätige      — Single, Vollzeit



Quelle: SOEP v33, eigene Berechnungen (LOWESS-Glättung)

auf die Verteilung der Einkommen nichts passiert wäre. Untere Teile der Einkommensverteilung werden immer stärker von den Verlierern der Einkommensdynamik besetzt: den nichterwerbstätigen Haushalten und den Singles. Abgesehen von den Rentnerhaushalten ziehen sich die Gewinner aus der gesamten unteren Hälfte zurück. Dies ist ebenso bei nur marginal erwerbstätigen Haushalten der Fall, deren Einkommen sich polarisiert haben. Der überproportionale Anstieg der Single-Haushalte in Teilzeit im unteren Einkommensbereich könnte eine Verlängerung der Arbeitszeiten bei Haushalten widerspiegeln, die zuvor nur in sehr geringem Umfang teilzeitbeschäftigt waren.

Im folgenden Abschnitt wollen wir der noch offenen Frage nachgehen, ob diese Prozesse ihren Ursprung in den politischen Reformen im Zuge der Agenda 2010 haben.

### 5 Gibt es einen Strukturbruch nach 2005?

In der öffentlichen Debatte wird zuweilen der Eindruck erweckt, dass die Stabilität der Einkommensverteilung seit 2005 mit politischen Entscheidungen im Rahmen der Agenda 2010 und der Flexibilisierung des Arbeitsmarkts zusammenhängt. Die wissenschaftliche Debatte um die Wirksamkeit der Agenda 2010 bezieht sich dabei meist auf Übergänge aus der Arbeitslosigkeit oder auf Löhne. Klinger/Rothe (2012) konstatieren einen Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit aufgrund der Reformen, aber nicht aufgrund konjunktureller Faktoren (vgl. auch Burda/Seele 2017). Allerdings zeigen Rothe/Wälde (2017), dass die durch die Agenda 2010 bedingten Übergänge von Arbeitslosigkeit in Vollzeiterwerbstätigkeit nur ca. 9 % des Rückgangs der Arbeitslosigkeit erklären. Weitere 37 % gehen auf Transitionen in atypische Beschäftigung zurück, 13 % auf Teilnahme in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und 28 % auf den Übergang in den Ruhestand. Giannelli et al. (2016) zeigen darüber hinaus, dass während der und nach den Hartz-Reformen das Lohnniveau gesunken und die Lohnungleichheit gestiegen ist. Laut Krebs (2018, S.1) „war die Hartz-IV-Reform einer von mehreren Faktoren, die zu einem Rückgang der strukturellen Arbeitslosigkeit in Deutschland geführt haben. Andererseits hat die Hartz-IV-Reform die Löhne gedrückt, die atypische Beschäftigung gefördert und die Unsicherheit auf dem deutschen Arbeitsmarkt erhöht. Insgesamt hat Hartz IV die Lebensqualität vieler Menschen erheblich verschlechtert“. Die bisherige Forschungslage spricht also nicht unbedingt dafür, dass es seit 2005 durch politische Reformen zu einem Halt des Ungleichheitsanstiegs gekommen wäre. Allerdings liegen hierfür unseres Wissens keine expliziten Studien vor. Daher dehnen wir die oben geführte Diskussion um die von Einkommensentwicklung und -ver-

teilung auf einen längeren Zeitraum aus, sodass mögliche Trendbrüche um das Jahr 2005 sichtbar werden. In Abbildung 2 werden die Medianeinkommen und der relative Anteil von ausgewählten Haushaltstypen dargestellt, deren Veränderungen wir oben diskutiert haben.<sup>4</sup> Es zeigt sich, dass fast alle Trends in Bezug auf die Erwerbsstruktur von Haushalten, die wir für den Zeitraum 2005–2014 diskutiert haben, schon in den Jahren zuvor erkennbar sind.

Der obere Teil der Abbildung macht deutlich, dass alle Veränderungen hinsichtlich der relativen Anteile der einzelnen Haushaltstypen, die wir oben diskutiert haben, Ausläufer langfristiger Trends sind. Die „Verrentnerung“ und die „Versetzung“ der Bevölkerung schreiten seit der Wiedervereinigung voran, ebenso der Bedeutungsverlust des Alleinverdienermodells. Weder vor noch nach 2005 kam es zu substanziellen Veränderungen des relativen Anteils von nur marginal erwerbstätigen Haushalten. Der zuvor identifizierte leichte Rückgang der Zuverdiener-Haushalte ist außerdem erst seit 2011 zu beobachten. Der Stillstand beim Anteil der nichterwerbstätigen Haushalte seit 2005 folgte hingegen auf einen längerfristigen Rückgang.

Der untere Teil der Abbildung zeigt die positiven Entwicklungen der Medianeinkommen bei den zuvor identifizierten Gewinnern, also den Zu- und Alleinverdienern sowie Rentnern. In allen drei Fällen handelt es sich um längerfristige Trends, die mindestens seit 1994 beobachtbar sind. Lediglich die positive Entwicklung des Medianeinkommens der Alleinverdiener schwächt sich 2005 zu einer Seitwärtsbewegung ab, um hernach erneut stärker anzusteigen. Uns liegen jedoch keine wissenschaftlichen Befunde vor, die es rechtfertigen würden, diese Trendveränderungen als Folge der politischen Reformen zu interpretieren.

In der Gruppe der Verlierer zeigt sich ein etwas heterogenes Bild: Singles in Teilzeit haben seit 1992 ein nahezu unverändertes Medianeinkommen. Für nichterwerbstätige Haushalte sind sinkende Medianeinkommen bereits seit 1992 erkennbar. Insofern haben wir es hier ebenfalls mit längerfristigen und weitgehend kontinuierlichen Trends zu tun.

Für Singles in Vollzeit hingegen kam der Anstieg der Medianeinkommen etwa 2005 zum Halt. Da die Medianeinkommen dieser Gruppe im Vergleich zu anderen relativ hoch sind, könnte sich ein Abflachen ihres kontinuierlichen Anstiegs zwar ungleichheitsreduzierend auswirken, allerdings bietet uns die oben betrachtete Tabelle 1 keinen Anhaltspunkt dafür. Es wäre möglich, dass auf Basis der verstärkten Arbeitsmarktaaktivierung Singles aus der Erwerbslosigkeit wieder in den Arbeitsmarkt eintreten, allerdings beobachten wir innerhalb der Gruppe der Singles in Vollzeit Einkommensverluste am unteren Rand, was nicht für eine stabilisierende Wirkung auf die Einkommensungleichheit spricht.

Für die nur marginal erwerbstätigen Haushalte zeigen sich in der Abbildung nur geringfügige Veränderungen seit 2005<sup>5</sup>, während es zuvor zu einem starken Absinken

der Medianeinkommen kam. Im Kontrast zu Singles in Vollzeit beobachten wir hier also, dass bei einer einkommensschwächeren Gruppe ein starker Abwärtstrend zum Stillstand kommt. Da diese Gruppe – wie oben erwähnt – sehr heterogen ist und Haushalte mit unterschiedlichen Erwerbskonstellationen im Jahresverlauf umfasst, isolieren wir in einem weiteren Untersuchungsschritt daraus eine Subgruppe, deren Situation sich durch die Agenda-2010-Reformen bezüglich sozialversicherungsfreier Beschäftigung signifikant verändert hat.

Insgesamt finden wir auf Grundlage unserer Daten kaum Hinweise auf eine Trendwende hinsichtlich der Veränderung des relativen Anteils verschiedener Erwerbstypen in der Gesellschaft oder ihrer mittleren Einkommen, die mit Reformen um das Jahr 2005 in Verbindung stehen könnte. Eine Ausnahme stellen Haushalte dar, die nur in geringem Umfang in den Arbeitsmarkt integriert waren. Um die Suche nach einem möglichen Strukturbrech infolge der Agenda-2010-Reformen noch zu verfeinern, wenden wir uns derjenigen Subgruppe intensiver zu, die Hauptadressat der Neuregelung geringfügiger Beschäftigung war (vgl. Eichhorst et al. 2010). Im Wesentlichen ging es dabei um eine Umdefinition von Geringfügigkeit: Nicht mehr ein Arbeitszeitmaximum (vormals 15 Wochenstunden), sondern ein Entgeltmaximum (nunmehr 400 € pro Monat) wurde zum Kriterium für Sozialversicherungsfreiheit, sodass Beschäftigte die Zahl ihrer Wochenarbeitsstunden – ggf. bei entsprechend geringeren Stundenlöhnen – ausdehnen und an den Umfang herkömmlicher Teilzeitarbeit annähern konnten. Vonseiten der Politik verband sich mit den 400-Euro-Jobs die Hoffnung auf eine Sprungbrett-funktion in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Den Beschäftigten wurde geringfügige Beschäftigung mit der Formel „brutto gleich netto“ schmackhaft gemacht. Empirisch hat sich diese Sprungbrett-funktion nicht eingestellt (Eichhorst et al. 2012). Davor hatte sogar der sonst eher marktliberale Sachverständigenrat (2005) gewarnt und die „Minijob-Sackgasse“ gegeißelt.

Die Abbildung 3 gibt die jährlichen Medianeinkommen und den relativen Anteil von Haushalten wieder, die im Beobachtungsjahr erwerbstätig waren, aber keine Sozialbeiträge zahlten. Es handelt sich also um Haushalte, die ihr Arbeitseinkommen innerhalb eines Kalenderjahrs ausschließlich aus sozialversicherungsfreier Erwerbsarbeit bezogen.<sup>6</sup> Die Reform der geringfügigen Beschäftigung

<sup>4</sup> Zugunsten der Übersichtlichkeit sind die Haushalte der Doppelverdiener nicht abgebildet. Grafiken für alle in Tabelle 1 aufgelisteten Haushaltstypen sind auf Anfrage bei den Autoren erhältlich.

<sup>5</sup> Dieses von Tabelle 1 abweichende Ergebnis ist teilweise auch Resultat der LOWESS-Glättung, ohne die der letzte Datenpunkt stärker nach oben abweichen würde.

<sup>6</sup> Theoretisch können in diese Gruppe auch Haushalte fallen, in denen ein Auszubildender mit extrem niedriger Ausbil-

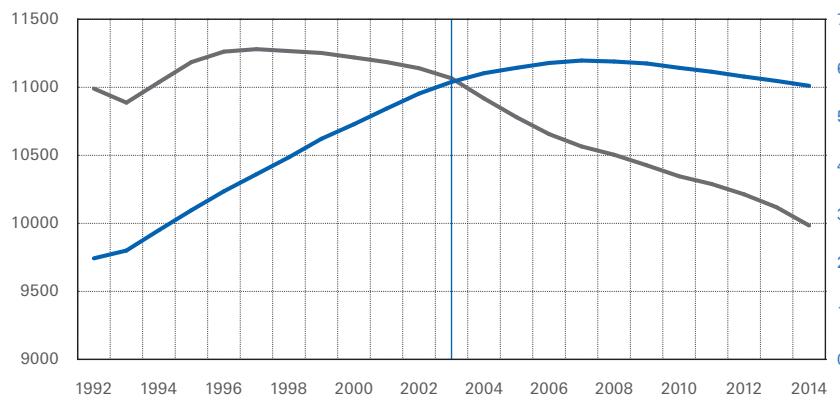
## ABBILDUNG 3

### Entwicklung der Haushalte mit ausschließlich und ganzjährig sozialversicherungsfrei Beschäftigten, 1992–2014

Median der jährlichen Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen in Euro (linke Skala)

und Anteil an allen erwerbstätigen Haushalten in Prozent (rechte Skala)

— Haushaltseinkommen — Relativer Anteil



Quelle: SOEP v33, eigene Berechnungen (LOWESS-Glättung)

WSI Mitteilungen

fällt in das Jahr 2003, daher teilen wir die Jahresachse zu diesem Zeitpunkt.

Die Abbildung verdeutlicht, dass der Trend zu mehr Haushalten in sozialversicherungsfreier Beschäftigung schon ab der Wiedervereinigung erkennbar ist. Nach der Reform flacht der Trend sogar deutlich ab und scheint seit 2010 leicht rückläufig zu sein. Insgesamt schätzen wir einen Anstieg von Haushalten dieses Typs von 2 % im Jahr 1992 auf ca. 5,6 % im Jahr 2014. Diese Haushalte sind daher keine Ausnahme in Deutschland, sondern ein mittlerweile nicht zu vernachlässigender Teil der deutschen Erwerbsstruktur.

Seit 2003 zeigt sich außerdem ein deutlicher Rückgang der Medianeinkommen dieses Haushaltstyps von ca. 11 000 € (2002) auf ca. 10 000 € (2014), was bei einem Single-Haushalt einem Rückgang des pro Monat zur Verfügung stehenden Einkommens von 917 € auf 833 € entspricht. Es handelt sich hier um eine klare ökonomische Verschlechterung eines ohnehin schon schlecht gestellten Haushalts in Erwerbsarmut. Dies erscheint umso problematischer, als in diesen Haushalten trotz Erwerbsarbeit nur minimale Rentenanwartschaften aufgebaut werden.

Wir können anhand dieser Befunde keine Grundlage erkennen, die Reformen der Agenda 2010 als Stabilisator der Einkommensverteilung anzusehen. Fast alle Trends in Bezug auf die Erwerbsstruktur von Haushalten scheinen Ausläufer längerfristiger Entwicklungen zu sein. Auch bei vertiefender Betrachtung der Subgruppe von Haushalten mit nur geringfügiger Beschäftigung zeigt sich keinesfalls eine stabilisierende Wirkung, sondern eher noch eine

Verschlechterung der Lage dieses ohnehin schwach aufgestellten Haushaltstyps. Den Mythos, den das Jahr 2005 in so manchen Kolumnen über soziale Ungleichheit in Deutschland umweht, können wir auf Basis unserer Daten nicht teilen.

## 6 Steuern, Sozialabgaben und die Ungleichheit der Einkommen seit 2005

In der öffentlichen Diskussion um das Ausmaß und den Anstieg von Ungleichheit wird wiederholt vorgebracht, dass in Deutschland zwar in Bezug auf die Verteilung der Bruttoeinkommen hohe Ungleichheit herrsche, das deutsche Abgabensystem jedoch die Ungleichheit deutlich reduziere. Zu prüfen ist jedoch, ob es tatsächlich politische Eingriffe in das Abgabensystem waren, die den weiteren Anstieg der Ungleichheit gestoppt haben. Im Folgenden widmen wir uns deshalb Veränderungen im Einkommensteuer- und Sozialversicherungssystem, um zu untersuchen, ob diese einen Einfluss auf die Entwicklung hatten.

Seit 2005 gab es eine Reihe von Veränderungen im deutschen Abgabensystem, die potenziell verteilungswirksam sein könnten:

- (1) Die Große Koalition führte im Jahr 2007 die sogenannte „Reichensteuer“ ein, einen 3 %-Aufschlag auf die Einkommensteuer für Einkommen, die gut 254 000 € (Ledige) bzw. knapp 509 000 € (Zusammenveranlagte) übersteigen; Gewinneinkünfte sind davon allerdings ausgenommen.
- (2) Die Kapitalertragsteuer wurde 2009 als Abgeltungssteuer reformiert und beträgt nur noch 25 % auf alle Kapitalerträge; sie wird von den Banken direkt abgeführt. Vor 2009 waren Steuersätze von bis zu 35 % je nach Kapitalertragstyp möglich.
- (3) Der Eingangssteuersatz wurde 2008 um einen Prozentpunkt von 15 % auf 14 % gesenkt.
- (4) Der (steuerfreie) Grundfreibetrag wurde von 7664 € im Jahr 2005 auf 8354 € im Jahr 2014 angehoben.
- (5) Mit dem Alterseinkünftegesetz wurde die Besteuerung für Neurentnerinnen und -rentner ab 2005 verändert. Zu Beginn waren 50 % der Renten zu versteuern, 50 % galten als Rentenfreibetrag. Seitdem sinkt der Rentenfreibetrag um zwei Prozentpunkte (ab 2021 um einen Prozentpunkt) jährlich, sodass Neurentner am Ende unseres Untersu-

dungsvergütung der einzige Verdienst ist (bei Vergütungen, die aktuell 325 € unterschreiten, hat der Arbeitgeber die Sozialabgabenlast allein zu tragen). Da jedoch Haushalte, bei denen dies zutrifft, und derart niedrige Vergütungen extrem selten sind, können sie praktisch vernachlässigt werden.

TABELLE 2

**Einkommensteuerbelastung aller Haushalte und der Rentnerhaushalte, 2005 und 2014**

Relative Anteile in Prozent (Differenzen in Prozentpunkten)

Einkommenssteuerbelastung in Prozent des Haushalts- Bruttoeinkommens	Gesamte Verteilung						Untere Hälfte					
	Alle Haushalte			Nur Rentnerhaushalte			Alle Haushalte			Nur Rentnerhaushalte		
	2005	2014	Δ	2005	2014	Δ	2005	2014	Δ	2005	2014	Δ
0%	42,0	36,6	-5,3	80,8	66,0	-14,8	67,2	63,8	-3,4	98,0	91,5	-6,5
Bis zu 5 %	11,1	14,1	3,1	12,2	21,1	8,9	11,4	14,2	2,8	1,7	7,7	6,0
5 %-15 %	25,9	29,0	3,1	5,0	9,2	4,2	20,8	21,7	0,9	0,3	0,8	0,5
Höher als 15 %	21,1	20,2	-0,9	2,1	3,7	1,6	0,6	0,4	-0,2	0,0	0,0	0,0

Spaltensummen können durch Rundungsfehler von 100,0 abweichen.

Quelle: SOEP v33, eigene Berechnungen. N = 24 514

WSI Mitteilungen

chungszeitraums, 2014, 68 % ihrer Renten versteuern müssen und erst diejenigen, die ab 2040 in Rente gehen, ihre Renten komplett versteuern müssen. Der steuerpflichtige Teil der Renten unterliegt allerdings noch dem Grundfreibetrag; unterschreitet er diesen (und liegen keine anderen Einkünfte vor), fällt keine Einkommensteuer an.

(6) Nicht nur die Einkommensteuer, sondern auch die Sozialabgaben haben sich zwischen 2005 und 2014 verändert. Der summarische Beitragssatz für die Sozialversicherungen wurde von 41,9 % auf 39,95 % reduziert, wobei die Absenkung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung von 6,5 % auf 3 % die ausschlaggebende Rolle spielte. Hinzu kam die Umdefinition sozialversicherungsfreier Beschäftigung ohne Arbeitszeitmaximum und seit 2009 die allgemeine Versicherungspflicht in der Kranken- und Pflegeversicherung, die somit auch Selbständige umfasst.

Es scheint verwunderlich, dass trotz dieser Änderungen die Ungleichverteilung der Einkommen konstant geblieben ist. Allerdings lohnt auch hier ein genauerer Blick. Die Reichensteuer kann mehr oder weniger in den Bereich der Symbolpolitik eingeordnet werden. Laut dem Statistischen Bundesamt (2017) zahlten im Jahr 2013 nur ca. 72 000 Steuerpflichtige die Reichensteuer. Unter Umständen hatte sie eine komprimierende Wirkung am oberen Ende der Verteilung, in den SOEP-Daten finden wir darauf jedoch keinen Hinweis. Bach/Buslei (2017) verdeutlichen, dass eine Abschaffung der Abgeltungsteuer und eine Wiedereinführung der bis 2009 geltenden Kapitalertragsteuer praktisch keine Wirkung auf die Verteilung der Einkommen hätte. Zur Wirkung des geringeren Eingangssteuersatzes sowie der Erhöhung des Grundfreibetrags auf die Verteilung der Einkommen liegen uns keine wissenschaftlichen Erkenntnisse vor (vgl. zu einer Diskussion der Veränderungen des gesamten Steuertarifs Beznoska et al. 2016). Vermutlich wurden diese kleinen Veränderungen vollständig von der Inflation neutralisiert.

Offen bleiben an dieser Stelle mögliche Wirkungen der verstärkten Besteuerung von Renten durch das Alterseinkommen.

künftegesetz und die Reform für sozialversicherungsfreie Beschäftigung. Beide sollen hier genauer untersucht werden, indem wir die Einkommensteuerbelastung speziell von Rentnerhaushalten und die Sozialabgabenbelastung von erwerbstätigen Haushalten betrachten.

Um zunächst die Wirkungen der veränderten Einkommensbesteuerung zu ermitteln, analysieren wir in *Tabelle 2* die relativen Anteile von Haushalten und zusätzlich von Rentnerhaushalten nach Kategorien der Einkommensteuerbelastung für die gesamte Verteilung und, da unser Interesse insbesondere einkommensschwachen Haushalten gilt, für die untere Hälfte. Insgesamt beobachten wir eine Zunahme der Haushalte, die mittlere Steuerbelastungen aufweisen, während sowohl die Zahl der Haushalte mit 0 % als auch jene mit mehr als 15 % Steuerbelastung abnehmen. In der Gruppe der Rentnerhaushalte sinkt der Anteil der Nichtzahler sogar um 14,8 Prozentpunkte, wobei auch im Jahr 2014 noch zwei Drittel aller Rentnerhaushalte keine Einkommensteuer zahlen. Dafür sind alle anderen Kategorien in ihrem relativen Anteil gestiegen. In der unteren Hälfte der Verteilung finden wir ebenso einen Rückgang bei den Haushalten, die keine Einkommensteuer zahlen, verbunden mit einem Anstieg bei jenen, die in geringem Umfang Einkommensteuern entrichten. Obwohl dies ebenso für Rentnerhaushalte gilt, zahlen 2014 nur 8,5 % aller Rentnerhaushalte in der unteren Hälfte der Verteilung Einkommensteuern.

Die Ergebnisse sprechen daher aus unserer Sicht für eine Wirkung des Alterseinkünftengesetzes. Rentnerhaushalte tragen insgesamt in höherem Maße zum Steueraufkommen in Deutschland bei als im Jahr 2005.<sup>7</sup> In der unteren Hälfte greift dies jedoch nur in geringem Maße, was an den noch immer hohen Freibeträgen für Renten

<sup>7</sup> Die höhere Einkommensteuerlast für Rentnerhaushalte könnte aber auch auf gestiegenen Kapitalerträgen basieren. Das können wir nicht ausschließen, allerdings liegen uns auch keine Erkenntnisse dieser Art vor.

TABELLE 3

**Sozialabgabenbelastung aller Haushalte und der erwerbstätigen Haushalte, 2005 und 2014**

Relative Anteile in Prozent (Differenzen in Prozentpunkten)

Sozialabgabenbelastung in Prozent des Haushalts- Bruttoeinkommens	Gesamte Verteilung						Untere Hälfte					
	Alle Haushalte			Nur erwerbstätige Haushalte			Alle Haushalte			Nur erwerbstätige Haushalte		
	2005	2014	Δ	2005	2014	Δ	2005	2014	Δ	2005	2014	Δ
0%	40,8	40,6	-0,3	7,1	5,8	-1,2	55,0	55,1	0,1	14,5	14,0	-0,6
Bis zu 10%	10,2	10,5	0,3	11,6	11,3	-0,3	7,7	8,4	0,7	8,3	9,8	1,5
10%–20%	35,9	38,5	2,6	58,9	65,0	6,1	27,1	27,2	0,1	55,2	56,5	1,3
Höher als 20%	13,0	10,4	-2,6	22,4	17,9	-4,5	10,1	9,2	-0,9	22,0	19,7	-2,3

Spaltensummen können durch Rundungsfehler von 100,0 abweichen.

Quelle: SOEP v33, eigene Berechnungen. N=24514

WSI Mitteilungen

liegen dürfte. Denkbar ist hier allerdings, dass speziell die Rentnerhaushalte nahe am Median verstärkt Einkommensteuern zahlen und ein stärkeres Wachstum des Median verringert wurde, sodass es so zu einer Reduktion der Ungleichheit innerhalb der unteren Hälfte der Einkommensverteilung kommt. Dieser Effekt setzt sich vermutlich verstärkt in der oberen Hälfte der Verteilung fort, weil vor allem Rentner und Rentnerinnen mit überdurchschnittlichen Einkommen stärker nach unten zur Mitte gezogen werden.

Auch die Zusammensetzung der Haushalte nach ihrer Sozialabgabenbelastung verändert sich im Beobachtungszeitraum – aber in deutlich geringerem Ausmaß als in steuerlicher Hinsicht. In *Tabelle 3* sind die relativen Anteile von Haushalten und zusätzlich von erwerbstätigen Haushalten nach der Sozialabgabenlast für die gesamte Verteilung und für die untere Hälfte dargestellt.<sup>8</sup> Der Anteil von Haushalten mit der höchsten Sozialabgabenlast von mehr als 20 % geht generell zurück, und zwar um 2,6 Prozentpunkte (alle Haushalte) bzw. 4,5 Prozentpunkte (erwerbstätige Haushalte). Dafür steigt in beiden Fällen der Anteil von Haushalten mit einer Belastung zwischen 10 % und 20 %. Dies könnte auf die geringeren Beitragsätze zurückgehen. *Tabelle 3* zeigt außerdem den schon in *Abbildung 3* ersichtlichen Rückgang des Anteils von Haushalten, die nicht in die Sozialversicherungen einzahlen, an allen erwerbstätigen Haushalten von 7,1 % auf 5,8 %. Ein milder Rückgang findet sich auch in der unteren Hälfte der Verteilung: Dort zahlen 2014 immer noch 14 % der erwerbstätigen Haushalte keine Sozialbeiträge (gegenüber 14,5 % im Jahr 2005). Der Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung durch die Konjunkturbelebung drückt sich auch in diesen Zahlen aus. Sie zeigen aber auch einmal mehr die Bedeutung dieser besonderen Form von Haushalten in der unteren Hälfte.

Generell erweist sich die Bedeutung der Veränderungen des Abgabensystems seit 2005 für die Einkommensverteilung als komplex. Eine Reduktion der Sozialabgabenlast hilft hohen wie niedrigen Einkommen. Sie hilft

aber vor allem Haushalten mit hoher Arbeitsmarktinintegration, die überproportional in der oberen Hälfte der Verteilung zu finden sind. Höhere Grundfreibeträge und die Absenkung des Eingangssteuersatzes helfen einkommensstarken ebenso wie -schwachen Haushalten, da beide Faktoren für alle Haushalte gelten. Allein das Alterseinkünftegesetz könnte Konsequenzen für die Verteilung der Einkommen gehabt haben. Dies müssen wir jedoch in einem nächsten Schritt statistisch genauer prüfen.

## 7 Konstanz der Einkommensungleichheit seit 2005 – ein Resultat sich überlagernder Veränderungen?

In den abschließenden multivariaten Analysen untersuchen wir, welche Haushaltsmerkmale auf welche Weise an welcher Stelle der Einkommensverteilung Veränderungen bewirkt haben.<sup>9</sup> Mithilfe unbedingter Quantilregressionen schätzen wir den Einfluss der verschiedenen Haushaltstypen auf die Perzentile der unteren Hälfte der Einkommensverteilung. So lässt sich zum Beispiel sagen, ob Rentnerhaushalte die Veränderung des 10. Perzentsils zwischen 2005 und 2014 positiv oder negativ beeinflusst

8 Wir schließen aus dieser Betrachtung Rentnerhaushalte, deren Renten mindestens 50 % des Haushaltsbruttoeinkommens ausmachen, und nichterwerbstätige Haushalte aus.

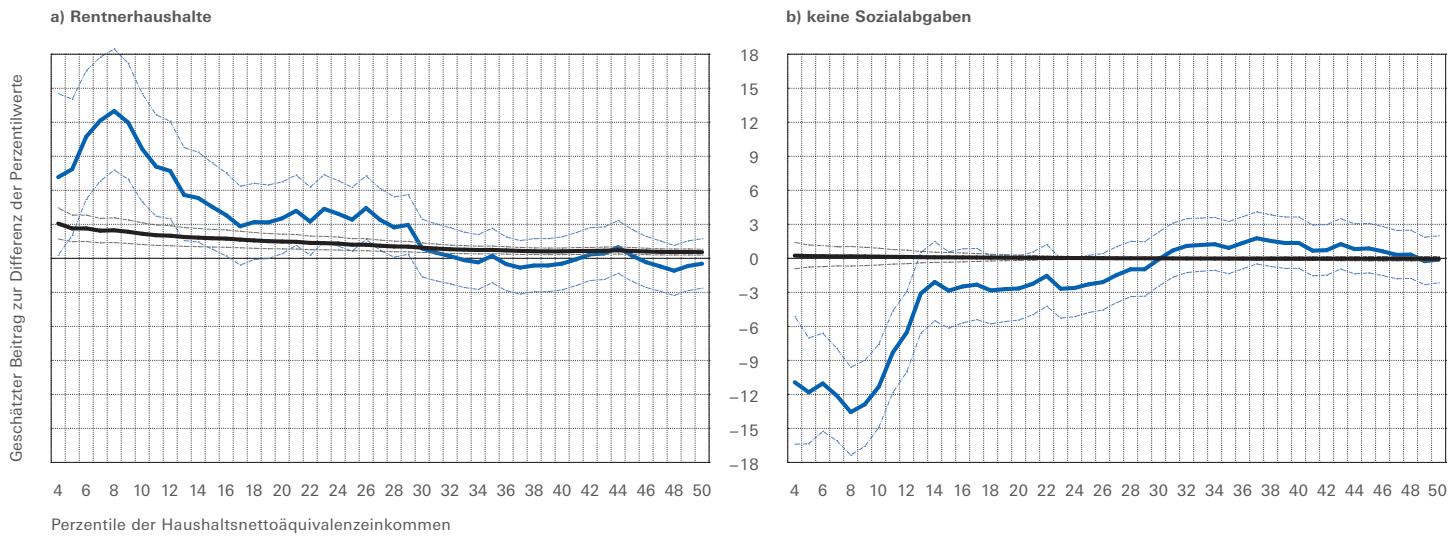
9 In unseren Analysen kontrollieren wir neben der Arbeitsmarktinintegration weitere Haushaltsmerkmale, darunter die Merkmale: Bildungszusammensetzung des Haushalts; junge Haushalte, in denen der Haushaltvorstand jünger als 30 Jahre ist; Haushalte mit weiblichem Haushaltvorstand; Haushalte mit Migrationshintergrund; ostdeutsche Haushalte; Haushalte, in denen Beamte bzw. Selbstständige leben.

## ABBILDUNG 4

**Ergebnisse der Oaxaca-Blinder-Dekompositionen für die Differenzen der Perzentilwerte zwischen 2005 und 2014**

Angaben in Prozent. Unterbrochene Linien: 95 %-Konfidenzintervalle

— Kompositionseffekt      — Einkommensstruktureffekt



Quelle: eigene Berechnungen. N = 24514

WSI Mitteilungen

haben. Dieser Einfluss kann jedoch auf zwei unterschiedlichen Prozessen beruhen: Einerseits könnte sich der Anteil von Rentnerhaushalten an allen Haushalten erhöhen, sodass ihr Einfluss in bestimmten Bereichen der Verteilung steigt. Andererseits könnte sich die Einkommenssituation von Rentnerhaushalten – etwa durch Rentensteigerungen – verbessert haben, wodurch sie die Einkommen im unteren Bereich der Verteilung erhöhen. Um diese beiden Prozesse unterscheiden zu können, zerlegen wir den „Einfluss“ der Haushaltstypen mit einer Oaxaca-Blinder-Dekomposition in einen Kompositionseffekt, der sich auf Veränderungen ihres Anteils an allen Haushalten bezieht, und einen Einkommensstruktureffekt, der Veränderungen der haushaltsspezifischen Einkommen in Relation zu einem Vergleichshaushalt wiedergibt.

Unsere Ergebnisse zeigen, dass es in der gesamten unteren Hälfte der Einkommensverteilung tatsächlich kaum zu Veränderungen kam.<sup>10</sup> Weder eine unterschiedlich hohe Arbeitsmarktintegration von Haushalten noch deren Bildungszusammensetzung hat die untere Hälfte der Einkommensverteilung seit 2005 nachhaltig beeinflusst. Wie Biewen/Juhasz (2012) sowie Haupt/Nollmann (2014) zeigen konnten, ist seit der Wiedervereinigung die Einkommensungleichheit vor allem wegen steigender Lohnungleichheit und anderer arbeitsmarktbezogener Einflüsse gestiegen. Selbst wenn die (auf Basis von Stundenlöhnen berechnete) Lohnungleichheit auch nach 2005 zunächst noch während einiger Jahre weiter gewachsen ist, drückt

sich dies nicht weiter in einer steigenden Ungleichheit der Arbeitseinkommen über das gesamte Jahr aus: Seit 2005 ist die Ungleichheit der Jahresarbeitsentgelte stabil geblieben. Somit scheint ein wesentlicher Treibstoff für das Anwachsen der Einkommensungleichheit von Haushalten ausgegangen zu sein (Biewen et al. 2017).

Eine Stagnation der Ungleichheit der Haushaltseinkommen durch eine Stagnation der Ungleichheit der Jahresarbeitsentgelte betrifft jedoch nur Haushalte mit hinreichend hoher Arbeitsmarktintegration. Dies spiegelt sich auch darin wider, dass die einzigen bedeutsamen Einflüsse von zwei Haushaltstypen ausgehen, die von Trends in der Lohnentwicklung nur sehr bedingt betroffen sind: von Rentnerhaushalten und Haushalten, die aufgrund geringfügiger Beschäftigung keine Sozialabgaben zahlen. In Abbildung 4 stellen wir die Ergebnisse der Dekomposition für diese beiden Haushaltstypen grafisch dar. Zu sehen sind der Einkommensstruktur- und der Kompositionseffekt entlang der Verteilung der Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen für jeden der Haushaltstypen.

Relative Einkommensverbesserungen von einkommensschwachen Rentnerhaushalten hatten eine erhebliche positive Wirkung auf den unteren Rand der Einkommensverteilung. Sie haben das 5. Perzentil um circa 8 % und das

<sup>10</sup> Die vollständigen Ergebnisse der Dekompositionen sind auf Nachfrage bei der Autorin/beim Autor erhältlich.

8. Perzentil um circa 13 % erhöht. Dieser positive Einfluss wird im Verlauf der Verteilung immer geringer und ist ab dem 30. Perzentil nicht mehr von null unterscheidbar. Das Wachstum des relativen Anteils von Rentnerhaushalten drückt sich in einem positiven Kompositionseffekt aus, der allerdings deutlich schwächer ist. Er beträgt am 5. Perzentil circa 3 % und verringert sich zum Median hin, bleibt jedoch statistisch signifikant.

Rentnerhaushalte allein hätten also die Einkommensverteilung im unteren Bereich gestaucht. Diese Stauchung wird zum größten Teil allerdings durch negative Einkommensstruktureffekte von Haushalten überlagert, die keine Sozialabgaben zahlen. Dieser negative Einfluss wird durch die relativen Einkommensverschlechterungen von Erwerbstägigen in Mini-Jobs getrieben. Diese in den Arbeitsmarkt integrierten Haushalte sind am ehesten vom wirtschaftlichen Aufschwung abgekoppelt, da ihr Einkommen nach oben gedeckelt ist und die Deckelung nur sehr unregelmäßig angepasst wird. Auch wenn Lohn- und Rentenniveau steigen und die Ungleichheit der Jahresarbeitseinkommen konstant bleibt, können diese Haushalte also zu relativen Einkommensverlierern werden. Wir nehmen an, dass dieser relative Verlust den in Abbildung 4b sichtbaren Einkommensstruktureffekt bedingt. Haushalte, die keine Sozialabgaben zahlen, haben das 5. Perzentil um 12 % gesenkt, das 8. Perzentil um fast 14 %.

Neben diesen beiden gegenläufigen Einflüssen zeigen unsere Daten außerdem (hier nicht abgebildet), dass Veränderungen der Einkommen von Haushalten, die keine Einkommensteuer zahlen, einen negativen Effekt am Median haben; im unteren Bereich der Verteilung findet sich ein solcher Effekt hingegen nicht. Wir interpretieren dies als eine erste Auswirkung des Alterseinkünftegesetzes. Wir nehmen an, dass es sich hierbei um einen Selektionseffekt handelt: Neue, einkommensstärkere Rentnerhaushalte werden einkommensteuerpflichtig und fallen daher aus dieser Kategorie. Die verbleibenden Haushalte in der Kategorie derjenigen, die keine Einkommensteuer zahlen, weisen im Schnitt nun geringere Einkommen auf. Dadurch senken sie den Median und verringern die Einkommensungleichheit zumindest in der unteren Hälfte. Dieser Einfluss bedarf jedoch einer vertiefenden statistischen Analyse.

Wir können daher alles in allem konstatieren, dass die Einkommensungleichheit seit 2005 zum größten Teil stabil war, weil die Ungleichheit der Jahresarbeitseinkommen als ihr stärkster Motor sie nicht mehr antreibt und sich andere potenzielle Faktoren als nicht besonders einflussreich erweisen. Trotz einer zunehmenden „Versiegelung“, mehr Teilzeitarbeit und einigen Änderungen im Abgabensystem (vor allem für Rentner/innen) lassen es die uns zur Verfügung stehenden Daten nicht zu, diese Faktoren als Treiber höherer Ungleichheit zu identifizieren, die anderweitig ausgeglichen worden wären. Die einzige große Überlagerung eines positiven und eines negativen Einflusses findet sich bei den einkommensschwachen Rentnern einerseits,

die deutliche Einkommensverbesserungen aufweisen, und den nicht-sozialversicherungspflichtigen Haushalten andererseits, die relative Einkommensverschlechterungen erleiden.

## 8 Fazit

Unsere Analyse der unteren Hälfte der Einkommensverteilung bestätigt die in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion konstatierte Stabilität der Ungleichheit seit 2005. Sie bestätigt aber auch den von Fratzscher (2016) kritisierten Umstand, dass die gute ökonomische Entwicklung nicht dafür genutzt wurde, die in den Jahren zuvor stark gewachsene Ungleichheit wieder zu reduzieren. Vielmehr fand eine „Verwaltung“ der bestehenden hohen Ungleichheit statt. Ferner konnten wir zeigen, dass es keinen fahrstuhlhähnlichen Effekt gab, der den Wohlstand der gesamten Bevölkerung nach oben getragen hätte; vielmehr stagnieren die Einkommen der Haushalte in der gesamten unteren Hälfte der Verteilung (vgl. Abbildung 1). Hinter dieser Stagnation verbergen sich allerdings sehr unterschiedliche Einkommensgewinne und -verluste bei einzelnen Gruppen der Bevölkerung.

Unsere multivariaten Analysen belegen, dass die Rentenerhöhungen eine Verschärfung der Ungleichheit überdeckt haben, die durch Einkommensverluste auf Seiten der arbeitslosen und nur marginal beschäftigten Haushalte am unteren Rand hervorgerufen wird. Das verdeutlicht, wie problematisch es ist, die Diskussion um Einkommensungleichheit auf die Verteilung von Arbeitseinkommen einzuziehen. Rentner und Rentnerinnen machen einen großen und stetig wachsenden Anteil an allen Haushalten aus. Erhöhungen von Renten sind meist politisch umkämpft und ihr Anstieg orientiert sich am Durchschnittslohn. Da sich der Durchschnittslohn deutlich positiver entwickelt hat als die Löhne im Niedriglohnbereich, erfahren Rentnerhaushalte im Niedrigeinkommensbereich durch die Orientierung am Wachstum des Durchschnittslohns höhere Einkommenssteigerungen als Erwerbstätige mit sehr niedrigen Arbeitseinkommen. Aufgrund der vorliegenden Daten haben wir bisher nur zaghafte erste Auswirkungen des Alterseinkünftegesetzes auf die Verteilung der Einkommen gefunden. Dies könnte sich in den nächsten Jahren ändern, wenn immer mehr Neurentner mit immer geringeren Rentenfreibeträgen ihre Renten versteuern müssen. Dies könnte zu einer Reduktion der Einkommensungleichheit beitragen. Unsere Ergebnisse zeigen daher klar: In der aktuellen Diskussion um Einkommensungleichheit wird der stabilisierende Effekt der Rentner unterschätzt und die „positive“ Wende von einer steigenden zu einer stabilen Ungleichheit zu sehr auf Veränderungen am Arbeitsmarkt zurückgeführt. Diese

Unterschätzung wird vermutlich in Zukunft deutlicher werden: Es ist mit einer deutlichen Zunahme der Altersarmut zu rechnen, sobald Generationen mit geringen Anwartschaften und ohne Zusatzversorgung in den Ruhestand übergehen.

Auch die Rolle sehr einkommensschwacher erwerbstätiger Haushalte ist enorm. Das Ziel von Mini-Jobs war, eine Sprungbrettfunktion für sozialversicherungspflichtige Arbeit zu schaffen. Bachmann et al. (2017) zeigen jedoch, dass diese Funktion selbst bei der guten konjunkturellen Lage der letzten Jahre und auch nach Einführung des gesetzlichen Mindestlohns nicht erreicht ist. Unsere Ergebnisse deuten außerdem darauf hin, dass erwerbstätige Haushalte, die nicht in die Sozialkassen einzahlen, in hohem Maße von der Einkommensentwicklung abgekoppelt sind. Sie bauen außerdem nur minimale Rentenanwartschaften auf und vergrößern dadurch die Wahrscheinlichkeit, zukünftig in Altersarmut zu geraten.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass die gegenwärtige Diskussion um Veränderungen der Einkommensungleichheit systematisch eine Dimension auslässt. So gut wie alle Analysen – auch unsere – beziehen sich auf die Verteilung von inflationsbereinigten Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen. Dabei wird der Verbraucherpreisindex für Deutschland verwendet, dessen Berechnung durch das Statistische Bundesamt auf einem einzigen Warenkorb basiert, der die Kaufkraft von Haushalten abbilden soll. Im Grunde geht man dabei davon aus, dass alle Haushalte verschiedene Arten von Gütern – z. B. Nahrungsmittel, Wohnen, Freizeit, Bekleidung oder Unterhaltung und Kultur – im gleichen Verhältnis zu ihren Einkommen konsumieren. Es ist jedoch bekannt, dass bestimmte Posten in einkommensschwachen Haushalten ein besonderes Gewicht haben, insbesondere Ausgaben für Miete und für Ernährung (Becker 2014; Christoph et al. 2014). Die Preise hierfür sind jedoch besonders stark gestiegen. Es ist daher zu bedenken, dass sich hinter der Stabilität der Einkommensverteilung seit 2005 eine schleichende Verschlechterung des Lebensstandards vor allem für einkommensschwache Haushalte verborgen könnte. ■

## LITERATUR

- Bach, S. / Buslei, H.** (2017): Abschaffung der Abgeltungsteuer und Rückkehr zur persönlichen Besteuerung führt zu Steuerausfällen und belastet hohe Einkommen kaum, in: DIW-Wochenbericht 84 (45), S. 1016–1025
- Bachmann, R. / Dürig, W. / Frings, H. / Höckel, L. S. / Flores, F. M.** (2017): Mini-jobs nach Einführung des Mindestlohns – Eine Bestandsaufnahme, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 66 (3), S. 209–237
- Becker, I.** (2014): Einkommen, Konsum und Sparen nach Quintilen des Haushaltsnettoeinkommens. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2008, Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung: soeb-Working-Paper 2014-2, Göttingen
- Beznoska, M. / Fuest, C. / Schaefer, T.** (2016): Wirkungen einer Beseitigung des „Mittelstandsbauchs“ im Einkommensteuertarif, in: Wirtschaftsdienst 96 (9), S. 655–659
- Biewen, M. / Juhasz, A.** (2012): Understanding rising income inequality in Germany, 1999/2000–2005/2006, in: Review of Income and Wealth 58 (4), S. 622–647
- Biewen, M. / Ungerer, M. / Löffler, M.** (2017): Why did income inequality in Germany not increase further after 2005?, in: German Economic Review, doi:10.1111/geer.12153
- Bundesagentur für Arbeit** (2016): Analytikreport der Statistik. Arbeitsmarkt in Deutschland, Nürnberg
- BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales)** (2017): Lebenslagen in Deutschland. Der fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin
- Bundesregierung** (2016): Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland, Berlin

**Burda, M. C. / Seele, S.** (2017): Das deutsche Arbeitsmarktwunder, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik 18 (3), S. 179–204

**Christoph, B. / Pauer, J. / Wiemers, J.** (2014): Konsummuster und Konsumarmut von SGB-II-Leistungsempfängern. Eine Untersuchung auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, in: Schmollers Jahrbuch 134 (4), S. 415–450

**Dustmann, C. / Fitzenberger, B. / Schönberg, U. / Spitz-Oener, A.** (2014): From sick man of Europe to economic superstar, in: Journal of Economic Perspectives 28 (1), S. 167–188

**Eichhorst, W. / Hinz, T. / Marx, P. / Peichl, A. / Pestel, N. / Siegloch, S. / Thode, E. / Tobsch, V.** (2012): Geringfügige Beschäftigung: Situation und Gestaltungsoptionen, Gütersloh

**Eichhorst, W. / Marx, P. / Thode, E.** (2010): Atypische Beschäftigung und Niedriglohnarbeit: Benchmarking Deutschland: befristete und geringfügige Tätigkeiten, Zeitarbeit und Niedriglohnbeschäftigung, Gütersloh

**Fratzscher, M.** (2016): Verteilungskampf. Warum Deutschland immer ungleicher wird, München

**Fuest, C.** (2017): Wie steht es um die Ungleichheit?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 04.06.2017, <http://www.faz.net>

**Giannelli, G. C. / Jaenichen, U. / Rothe, T.** (2016): The evolution of job stability and wages after the implementation of the Hartz reforms, in: Journal for Labour Market Research 49 (3), S. 269–294

**Haupt, A. / Nollmann, G.** (2014): Warum werden immer mehr Haushalte von Armut gefordert?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 66 (4), S. 603–627

**Kalina, T. / Weinkopf, C.** (2017): Niedriglohnbeschäftigung 2015 – bislang kein Rückgang im Zuge der Einführung des Mindestlohns, Institut Arbeit und Qualifikation: IAQ-Report 06/2017, Duisburg/Essen

**Klinger, S. / Rothe, T.** (2012): Der Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland, in: Schmollers Jahrbuch 132 (1), S. 89–121

**Konle-Seidl, R. / Rhein, T. / Rothe, T.** (2018): Ländervergleich Deutschland, Dänemark und Finnland: Kaum mehr Unterschiede bei chronischer Arbeitslosigkeit, IAB-Kurzbericht 01/2018

**Krebs, T.** (2018): Mythos Hartz IV, in: Makronom v. 11.06.2018, <https://makronom.de/arbeitsmarkt-analyse-auswirkungen-reform-mythos-hartz-iv-26821> (letzter Zugriff: 30.06.2018)

**Niehues, J.** (2017): Einkommensentwicklung, Ungleichheit und Armut, Köln, [https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2017/364450/IW-Trends\\_2017-03\\_Niehues.pdf](https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2017/364450/IW-Trends_2017-03_Niehues.pdf) (letzter Zugriff: 30.06.2018)

**Rothe, T. / Wälde, K.** (2017): Where did all the unemployed go? Non-standard work in Germany after the Hartz reforms, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: IAB-Discussion Paper, Nr. 18/2017, Nürnberg

**Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung** (2005): Die Chance nutzen – Reformen mutig voranbringen. Jahresgutachten 2005/06, Wiesbaden

**Sell, S.** (2018): Zwischen Jobwunder und Jobdilemma, in: Makronom v. 04.01.2018, <https://makronom.de/analyse-zum-deutschen-arbeitsmarkt-zwischen-jobwunder-und-jobdilemma-24693> (letzter Zugriff: 30.06.2018)

**Spermann, A.** (2015): Plädoyer für ein Investitionsprogramm gegen Langzeitarbeitslosigkeit, in: Wirtschaftsdienst 95 (4), S. 255–261

**Statistisches Bundesamt** (2017): Finanzen und Steuern. Lohn- und Einkommensteuer 2013, Fachserie 14 Reihe 7.1, Wiesbaden

**Stein, U.** (2017): Earnings inequality in Germany. A decomposition analysis, Berlin

## AUTOREN

**BARBARA BINDER**, M. A., Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Karlsruher Institut für Technologie, Karlsruhe. Forschungsschwerpunkte: Einkommensungleichheit, Mindestlöhne, Sozialpolitik.

@ barbara.binder@kit.edu

**ANDREAS HAUPT**, Dr., Akademischer Rat, Karlsruher Institut für Technologie, Karlsruhe. Forschungsschwerpunkte: Ökonomische Ungleichheit, Arbeitsmarktforschung, Methodenforschung.

@ andreas.haupt@kit.edu